



Niederschrift 31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.10.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:33 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
--------------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE
Herr Marcel Piest	SPD
Herr Claus Wartenberg	SPD
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	bis 20.50 Uhr
--	-----	---------------

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat	
Herr Holger Wolinski	SPD	ab 18.10 Uhr
Herr Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Arndt Sändig	DIE aNDERE	entschuldig
-------------------	------------	-------------

zusätzliches Mitglied

Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen
----------------------	-----	--------------------

sachkundige Einwohner

Herr Tino Henning	DIE LINKE	nicht teilgenommen
Herr Stefan Matz	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt

Herr Bernd Rubelt	Beigeordneter Geschäftsbereich 4	entschuldigt
-------------------	-------------------------------------	--------------

Schrittführer/in:

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 31.8.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldttring", Auslegungsbeschluss sowie Auslegungsbeschluss zur Flächennutzungsplan-Änderung "Am Humboldttring" (08/15)
Vorlage: 17/SVV/0704
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL
 - 3.2 Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen
Vorlage: 17/SVV/0282
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
(Wiedervorlage)
 - 3.3 Potsdam seniorenrecht gestalten
Vorlage: 17/SVV/0452
Fraktion CDU/ANW
GSI, B/Sp., SBV, HA
(Wiedervorlage)
 - 3.4 Bebauungsplan Nr. 158 "Am Küssel" (OT Grube), Aufstellungsbeschluss

- Vorlage: 17/SVV/0528
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), OBR Grube
(Wiedervorlage)
- 3.5 Strategieplan für Dach- und Fassadenbegrünung in der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0532
Fraktion DIE LINKE
SBV, KOUL (ff)
(Wiedervorlage)
- 3.6 Betreuter Taubenschlag für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0607
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.7 Informationstafeln in Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0645
Fraktion CDU/ANW
K/W (ff)
- 3.8 Bebauungsplan Nr. 122-2 "Kleingärten Obere Donarstraße/ Concordiaweg"
Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 17/SVV/0657
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL
- 3.9 Sitzungskalender 2018
Vorlage: 17/SVV/0675
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
alle Ausschüsse und Ortsbeiräte
- 3.10 Strategieplanung zur Entwicklung des Ländlichen Raums von Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0687
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV, HA
alle OBR
- 3.11 Verlängerung der temporären Nutzung des Verwaltungsgebäudes des
Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus - Finanzierung des dafür nötigen
Mehraufwands
Vorlage: 17/SVV/0720
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
SBV, FA, KOUL, HA
+ Ea Fraktion CDU/ANW vom 12.09.17
+ Äa Fraktion DIE LINKE vom 12.09.17
- 3.12 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0708
Fraktion CDU/ANW
SBV, FA, KOUL, HA
- 3.13 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0716
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, FA, KOUL, HA
- 3.14 Abfallgebührensatzung 2018
Vorlage: 17/SVV/0722
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- HA
und alle OBR
- 3.15 Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0723
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
HA
alle OBR
- 3.16 Initiative für Fußwege
Vorlage: 17/SVV/0714
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
- 3.17 Aufstellung von Abfallbehältern
Vorlage: 17/SVV/0694
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.18 Baumfällungen in der Paul-Neumann Straße
Vorlage: 17/SVV/0695
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.19 Umweltfreundliche öffentliche Beschaffung
Vorlage: 17/SVV/0729
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.20 Schiffsanlegestelle "Am Hinzenberg"
Vorlage: 17/SVV/0731
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.21 Elektromobilität
Vorlage: 17/SVV/0742
Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Vorlage überarbeiteter Flyer "Bürgerschaftliches Engagement - Gestaltung und
Pflege von Straßengrün in Potsdam" (gem. Festlegung zum Antrag
17/SVV/0231)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.2 BE zu Umsetzungsmaßnahmen zur Glascontainergestaltung in Potsdam
(DS 17/SVV/0459)
Fachbereich Ordnung und Sicherheit
- 4.3 Erster Sachstandsbericht "Aufstellung von Biomooswänden in belasteten
Straßen"
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.4 Landschaftsplan in der Funktion als Landschaftsrahmenplan
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 31.8.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest. (Herr Wartenberg kommt als 6. stimmberechtigtes Mitglied nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit)

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 31.08.2017 gibt es keine Einwendungen; sie wird mit 4:0:1 Stimmen bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

Zu den Tagesordnungspunkten 3.1 „B-Plan Nr. 145 „Am Humboldttring““ liegen zwei Anträge auf Rederecht für Frau Dr. Gabriele Horn (Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg [SPSG]) und Herrn Torsten Volkmann (Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum [BLDAM]) sowie ein Antrag zum Tagesordnungspunkt 3.6 „Betreuter Taubenschlag für Potsdam“ für Frau Dr. Almut Malone (Avian Vogelschutz-Verein e. V.) vor.

Die Rederechte werden jeweils einstimmig zugelassen.

Für den Tagesordnungspunkt 3.3 „Potsdam seniorengerecht gestalten“ hält der Vorsitzende den KOUL-Ausschuss für ungeeignet und schlägt vor, sich hier als nicht zuständig zu erklären.

Die Tagesordnungspunkte 3.11 - 3.13 zum Rechenzentrum/ Unterbringung der Kreativwirtschaft wurden irrtümlich in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) überwiesen. Richtigerweise zuständig ist der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (K/W), der heute parallel zum KOUL-Ausschuss im Haus 9, Raum 107 tagt (Beginn 18 Uhr). Es wird vorgeschlagen, dass sich der KOUL-Ausschuss in diesen Angelegenheiten als nicht zuständig erklärt.

Zum Tagesordnungspunkt 3.17 MV „Aufstellung von Abfallbehältern“ soll zusätzlich die Berichterstattung zum Papierkorbkonzept (16/SVV/0036) erfolgen.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ kündigt der Vorsitzende eine Information des Bereiches Umwelt und Natur zu FFH-Managementplänen an.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen einstimmig angenommen.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring", Auslegungsbeschluss sowie Auslegungsbeschluss zur Flächennutzungsplan-Änderung "Am Humboldtring" (08/15)**

Vorlage: 17/SVV/0704

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein und geht anhand einer Präsentation ausführlich auf sie ein. Geschaffen werden sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung eines Wohngebietes in Form von Geschosswohnungsbau sowie eines Kita/Schulstandortes unter Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Belange des Parks Babelsberg und die damit einhergehende Staffelung der Gebäudehöhen von West nach Ost von drei auf fünf Geschosse. Wesentlich sei hier auch der Schutz der vorhandenen Wohnbebauung des Zentrum-Ost. Entsprechend sollen Ergänzungen nur so geplant werden, dass sie keine signifikante Beeinträchtigung des vorhandenen Wohngebietes darstellen. Einblicke in den Park Babelsberg sollen unter Berücksichtigung von lärmindernden Maßnahmen ebenso ermöglicht werden, wie die Herstellung von Sicht- und Raumbezügen zwischen Gebietsinnerem und Havelufer.

Herr Goetzmann geht auf die bisherigen Verfahrensschritte ein und kommt dem Wunsch aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nach einer Gegenüberstellung von Wertsteigerung und Kosten nach, die den Mitgliedern als nicht öffentliche Unterlage ausgereicht wird.

Herr Lack schlägt vor, die Vorlage heute in 1. Lesung zu behandeln.

Der Vorschlag mit einstimmig angenommen.

Es folgt die Anhörung der Rederechte.

Herr Volkmann vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischem Landesmuseum (BLDAM) nimmt sein Rederecht wahr. Er geht auf das historisch gewachsene Stadtbild und insbesondere auf den Park Babelsberg ein. Er befürchtet negative Auswirkungen der Neubebauung auf die Parkanlage, indem die für den Park entscheidenden Sichtbeziehungen beeinträchtigt würden. Auch aus naturschutzfachlicher Sicht äußert er Bedenken gegen das Vorhaben. Er bittet um Verhinderung der Umsetzung des Wohngebietes WA1, das das Denkmal nachhaltig beeinträchtigen würde.

Frau Dr. Horn von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) nimmt ihr Rederecht wahr. Sie äußert ebenfalls denkmalpflegerische wie auch naturschutzfachliche Bedenken gegenüber dem Vorhaben und kritisiert, dass die SPSG nicht an dem Workshopverfahren beteiligt war. Sie ruft den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Leitplanung der Stiftung aus dem Jahr 2005 in Erinnerung. Sie bittet um Beachtung der denkmalpflegerischen Ansprüche in der hiesigen Planung und drängt auf den Erhalt der Sichtbeziehungen. (die Ausführungen von Frau Dr. Horn werden dem Protokoll angehängt)

Herr Jäkel bringt den Ergänzungsantrag für die Fraktion DIE LINKE ein und erläutert ihn ausführlich.

„Die StVV möge beschließen:

Die DS möge im Unterpunkt 5. zum städtebaulichen Vertrag wie folgt ergänzt werden:

In den Städtebaulichen Vertrag sind weiterhin folgende Festsetzungen einzuarbeiten:

Die vorhandenen Bäume und Sträucher im Bereich Uferweg sind in der Breite eines Streifens von 27 Metern neben dem Zaun des Vereinsgeländes dauerhaft zu erhalten und während der Bauzeit zu schützen.

Die Verpflichtung auf Seite 2 des Vertragsentwurfes zur Schaffung nötiger Stellplätze ist um den Vermerk zu ergänzen, dass hier ein Rabatt von 25% wegen ÖPNV nach Paragraph 3 Absatz 4 der Stellplatzsatzung nicht zum Abzug gebracht wird.

Die verkehrliche Erschließung während der Bauarbeiten ist so zu organisieren, dass Bauverkehr quer durch das vorhandene Wohngebiet vermieden wird.“

Herr Goetzmann geht auf den Ergänzungsantrag ein. Der Punkt drei der Forderung stelle kein Problem dar. In der Stellplatzsatzung sei jedoch aus rechtlichen Gründen keine Änderung möglich. Möglicherweise setzt der Investor die Forderung von sich aus um. Eine Aufnahme in den Städtebaulichen Vertrag kann jedoch nicht erfolgen. Bezüglich der Fläche im Bereich des Uferwegs weist er darauf hin, dass es sich hier um eine Deponiefläche handelt. Wenn diese Fläche öffentlich zugänglich werden soll, werde auch die Verkehrssicherungspflicht eine große Rolle spielen. Eine dann notwendige Schuttbeseitigung stelle einen deutlichen Eingriff in den vorhandenen Grünbestand dar. Die Bereinigung der Geländeverhältnisse sei nicht zu unterschätzen.

Zu den Ausführungen von Herrn Volkmann erwidert Herr Goetzmann, dass Bäume nicht für eine schöne Aussicht gefällt werden.

Herr Linke verweist auf einen Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE, der zur 2. Lesung eingebracht würde.

Herr Jäkel erklärt sich bereit, sich mit der Verwaltung zur Formulierung seines Ergänzungsantrages gesondert abzustimmen und diese zur 2. Lesung

anzupassen.

Er bittet die SPSG zur nächsten Sitzung eine bereinigte Fächeraufstellung, in der nur die Bebauung aufgenommen ist, die durch ihre Höhe die Sichtbeziehungen stört, vorzulegen. Hierdurch sollen die tatsächlich kritischen Punkte deutlicher aufgezeigt werden. Wenn ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Grünflächen und Bebauung erreicht würde, sei ein Konsens möglich.

Herr Walter weist auf „die besonderen Anforderungen bezüglich des Artenschutzes“ nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG 2009) hin. Vor der Durchführung von Baumaßnahmen und vor Beseitigung von Vegetationsbeständen ist zu prüfen, ob die artenschutzrechtlichen Verbotsvorschriften für besonders geschützte Tierarten (z. B. Vögel, Fledermäuse) eingehalten werden. Er äußert höchste Bedenken, diese Vorschrift aus FNP-Gebieten herauszulösen.

Auf Nachfragen geht Herr Goetzmann ein.

Herr Piest erkundigt sich zur Klärung zur 2. Lesung, wo gestörte bzw. zerstörte Sichtbeziehungen zu finden seien und bittet um Darstellung durch die SPSG.

Der Vorsitzende schließt die 1. Lesung und bittet um entsprechende Vorbereitung durch die SPSG zur nächsten Sitzung.

zu 3.2 Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen

Vorlage: 17/SVV/0282

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Herr Walter bringt die neue Fassung des Antrags (vom 28.8.2017) ein und bittet um heutige Behandlung in 1. Lesung. Er weist darauf hin, dass es sich hier um eine Wiedervorlage handelt, da man den Antrag in Verbindung mit der Vorlage zum Bebauungsplan Nr. 145 behandeln wollte.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Uferbereich zwischen der Nuthemündung und der Humboldtbrücke als öffentliche Grünfläche mit hoher Aufenthaltsqualität erhalten und weiterentwickelt wird. Insbesondere ist der Baumgürtel zwischen der Bebauung auf der Höhe des Vorhabens „Humboldtring“ und dem Uferweg beizubehalten bzw. zu qualifizieren.“

Herr Rietz erkundigt sich, um welche Flächen es sich hier handelt und ob diese in Konkurrenz mit dem zuvor behandelten Bebauungsplan Nr. 145 stehen.

Herr Walter bestätigt, dass es sich um die im Tagesordnungspunkt 3.1 besprochene Fläche handelt und die Forderung des Antrags mit dem Bebauungsplan Nr. 145 konkurriert.

Der Vorsitzende schließt die 1. Lesung. Der Antrag wird in einer 2. Lesung erneut aufgerufen.

zu 3.3 Potsdam seniorengerecht gestalten

Vorlage: 17/SVV/0452

Fraktion CDU/ANW

GSI, B/Sp., SBV, HA

(Wiedervorlage)

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung erklärt sich für nicht zuständig und wird den Antrag nicht behandeln (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.4 Bebauungsplan Nr. 158 "Am Küssel" (OT Grube), Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 17/SVV/0528

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

SBV (ff), OBR Grube

(Wiedervorlage)

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) geht anhand einer Präsentation auf das Plangebiet ein. Sie informiert über das Votum aus dem Ortsbeirat Grube, der die Vorlage mit folgender Ergänzung beschlossen hat:

„Vor einer abschließenden Entscheidung über den Umfang einer ergänzenden Bebauung und die hierzu notwendige Änderung des Flächennutzungsplans ist der Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis der im Aufstellungsbeschluss formulierten Prüfaufträge zu berichten.“

Dieser Ergänzung kann die Verwaltung folgen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die gemäß des Beschlusses des Ortbeirates Grube geänderte Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende geänderte Fassung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 158 "Am Küssel" (OT Grube) ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 1 und 2)

Vor einer abschließenden Entscheidung über den Umfang einer ergänzenden Bebauung und die hierzu notwendige Änderung des Flächennutzungsplans ist der Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis der im Aufstellungsbeschluss formulierten Prüfaufträge zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.5 Strategieplan für Dach- und Fassadenbegrünung in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0532

Fraktion DIE LINKE

SBV, KOUL (ff)

(Wiedervorlage)

Herr Lack bringt die neue Fassung des Antrages ein und begründet sie.

"Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

Im Rahmen des von der Verwaltung beschriebenen Forschungsvorhabens „Anpassung an den Klimawandel“ in Kooperation mit der Uni Potsdam sowie den Städten Remscheid und Würzburg mit der Laufzeit 04.18 bis 03.21 (bei Bewilligung), ein Strategiekonzept mit Handlungsempfehlungen zur Dach- und Fassadenbegrünung für die Landeshauptstadt Potsdam zu erstellen.

Dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung ist zu Zwischen- und Abschlussergebnissen jährlich zu berichten."

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende neue Fassung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

Im Rahmen des von der Verwaltung beschriebenen Forschungsvorhabens "Anpassung an den Klimawandel" in Kooperation mit der Uni Potsdam sowie den Städten Remscheid und Würzburg mit der Laufzeit 04.18 bis 03.21 (bei Bewilligung), ein Strategiekonzept mit Handlungsempfehlungen zur Dach- und Fassadenbegrünung für die Landeshauptstadt Potsdam zu erstellen.

Dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung ist zu Zwischen- und Abschlussergebnissen jährlich zu

berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.6 Betreuter Taubenschlag für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0607

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Frau Dr. Malone (Avian Vogelschutz-Verein e. V.) nimmt ihr Rederecht wahr und stellt den Mitgliedern Tauben betreffende Wissensfragen. Sie führt aus, dass Fütterungsverbote keine Effekte hätten. Die einzig sinnvolle Maßnahme, den Taubenbestand in der Stadt zu kontrollieren, sei Küken erst gar nicht schlüpfen zu lassen. Dies ist über den Einsatz von Kunsteiern zu erreichen, die gegen die echten Eier der Tiere in ihren Nestern ausgetauscht würden. Diese Maßnahme sei gleichermaßen von Kommunen, dem Land, aber auch von Privatpersonen kostengünstig und vor allem unter Einhaltung des Tierschutzgesetzes durchzuführen. Kommunen sollten zudem verstärkt auf Aufklärung setzen und beispielsweise ihre Internetpräsenz in Sachen Tauben mehr pflegen und auf einen aktuellen Stand bringen. (die Ausreichung an die Mitglieder sowie der Fragenkatalog werden dem Protokoll angehängt)

Herr Walter bedankt sich für die Ausführungen und schlägt vor, den Antrag heute in 1. Lesung zu behandeln, um den Mitgliedern die nötige Zeit zum Studium des Materials zu geben.

Herr Rietz bittet um die Einschätzung der Verwaltung, ob Potsdam ein Taubenproblem habe.

Frau Dr. Breustedt (amtliche Tierärztin für Tierschutz und Tierarzneimittel) führt aus, dass ihr keine Beschwerden diesbezüglich vorliegen. Auch den angesprochenen Bereichen der Verwaltung, die möglicherweise hätten betroffen sein können, sei kein derartiges Problem bekannt.

Herr Walter erkundigt sich, ob es diesbezügliche Anfragen oder Beschwerden aus der Bürgerschaft gebe.

Frau Dr. Breustedt verneint dies in Bezug auf Stadtauben. Lediglich einen Hinweis wegen sich verfliegenen Brieftauben habe es gegeben.

Die Abstimmung zur Behandlung in 1. Lesung ergeht einstimmig.

Der Antrag wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,

Umweltschutz und ländliche Entwicklung erneut in 2. Lesung aufgerufen.

zu 3.7 Informationstafeln in Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0645

Fraktion CDU/ANW

K/W (ff)

Herr Rietz bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Wartenberg erkundigt sich, ob es seitens der Verwaltung Aktivitäten zur Reinigung, Wartung und Aktualisierung von Informationstafeln gebe.

Herr Schenke (Bereich Verwaltung / Finanzmanagement) führt aus, dass zum Jahresende Firmen beauftragt worden sind, Tafeln zu prüfen und zu aktualisieren.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Potsdamer Informationstafeln an ihren unterschiedlichen Standorten regelmäßig von Verunreinigungen zu befreien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

(5:0:0 – Herr Walter befindet sich zur Abstimmung nicht im Raum)

**zu 3.8 Bebauungsplan Nr. 122-2 "Kleingärten Obere Donarstraße/ Concordiaweg"
Abwägung und Satzungsbeschluss**

Vorlage: 17/SVV/0657

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

SBV (ff), KOUL

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation. Gegenstand der Planung sei die Sicherung der bestehenden Kleingartenanlagen sowie der vorhandenen Wohnnutzungen. Sie bittet um Bestätigung der Vorlage.

Herr Jäkel bedankt sich für die Vorlage und ist froh, dass die Bestrebungen zur Sicherung der Kleingärten hiermit nun positiv abgeschlossen werden können.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 122-2 "Kleingärten Obere Donarstraße/ Concordiaweg" entschieden (gemäß Anlagen 3A, 3B, 4A, 4B, 5A und 5B).
2. Der Bebauungsplan Nr. 122-2 "Kleingärten Obere Donarstraße/ Concordiaweg" wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 6 und 7).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.9 Sitzungskalender 2018

Vorlage: 17/SVV/0675

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung alle Ausschüsse und Ortsbeiräte

Es ergeht der Hinweis, dass im Dezember 2018 keine Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vorgesehen ist und deshalb zeitnah im Januar 2019 zur Wahrung der Beratungsfolge eine Sitzung stattfinden sollte.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2018 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

(5:0:0 – Herr Wartenberg befindet sich zur Abstimmung nicht im Raum)

zu 3.10 Strategieplanung zur Entwicklung des Ländlichen Raums von Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0687

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

SBV, HA

alle OBR

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation. Dabei geht er auf die Themenschwerpunkte Struktur und Funktion der Ortslagen, Mobilität und Verkehr, Landwirtschaft, Obstbau und Naturschutz sowie Naherholung und Tourismus ein. Für jeden Ortsteil sei ein Profil mit einer Stärken- und Schwächenanalyse sowie einem Fazit erstellt worden. Das Konzept zur Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums der Landeshauptstadt Potsdam in Gänze ist auf der Internetseite des Landeshauptstadt Potsdam abrufbar. Ausgewählte Maßnahmen sind bereits in Förderprogrammen untergebracht. Sollte für einzelne Maßnahmen die Finanzierung über städtische Gelder nötig werden, würden dafür gesonderte Beschlüsse durch die Stadtverordnetenversammlung eingeholt.

Weiter geht Herr Wolfram auf die Voten der Ortsbeiräte ein. Die Änderung von Groß Glienicke, „Der Ortsbeirat bittet den Oberbürgermeister, den Ortsbeiräten ein Verfahren vorzuschlagen, das die frühzeitige Beteiligung der Ortsbeiräte an den Prioritätensetzungen garantiert.“ sowie ein Hinweis aus dem Ortsbeirat Marquardt können verwaltungsseitig umgesetzt werden, werden aber nicht extra in die Vorlage aufgenommen. Zu der 1. Ergänzung des Ortsbeirates Eiche, „Für den Ortsteil Eiche ist ein Maßnahmensteckbrief zur Schaffung eines Fußweges vom Wohngebiet Eiche II zum großen Düsteren Teich zu ergänzen. Dieser Fußweg dient der umweltfreundlichen Mobilität und der Stärkung der Naherholung / Tourismus.“ gibt Herr Wolfram an, dies bei der weiteren Planung mit zu beachten.

Zu Punkt 2 „Für die Gesamtheit aller Ortsteile ist ein Steckbrief Mobilität zur Untersuchung möglicher entlastender Wirkungen durch Planung einer Umgehungsstraße für die nördlichen Ortsteile mit anschließender Havelquerung außerhalb der Potsdamer Mitte ergänzend zu erarbeiten.“ soll zusammen mit dem Ortsbeirat das weitere Verfahren erarbeitet werden.

Herr Jäkel bringt seinen Ergänzungsantrag ein, der den Ergänzungen aus dem Ortsbeirat Eiche entspricht.

„Der StVV möge beschließen:

Die DS ist um folgende Punkte zu ergänzen:

1. Für den Ortsteil Eiche ist ein Maßnahmensteckbrief zur Schaffung eines Fußweges vom Wohngebiet Eiche II zum großen Düsteren Teich zu ergänzen. Dieser Fußweg dient der umweltfreundlichen Mobilität und der Stärkung der Naherholung / Tourismus.
2. Für die Gesamtheit aller Ortsteile ist ein Steckbrief Mobilität zur Untersuchung möglicher entlastender Wirkungen durch Planung einer Umgehungsstraße für die nördlichen Ortsteile mit anschließender Havelquerung außerhalb der Potsdamer Mitte ergänzend zu erarbeiten.“

Herr Wolfram sagt zu, die erste Forderung in die weitere Planung aufzunehmen.

Mit der Aufnahme der Zusage zum Protokoll ist der Punkt eins für Herrn Jäkel erfüllt und bedarf keiner gesonderten Abstimmung.

Herr Rietz hält die Debatte um die Forderung nach einer Umgehungsstraße (Punkt 2 des Ergänzungsantrages) an dieser Stelle für ungeeignet. Sie sollte an anderer Stelle geführt werden, beispielsweise zum Stadtentwicklungskonzept (STEK) Verkehr oder dem Bürgerhaushalt.

Herr Linke schließt sich dieser Meinung an.

Herr Jäkel schlägt vor, den Punkt 2 seines Ergänzungsantrages, „Für die Gesamtheit aller Ortsteile ist ein Steckbrief Mobilität zur Untersuchung möglicher entlastender Wirkungen durch Planung einer Umgehungsstraße für die nördlichen Ortsteile mit anschließender Havelquerung außerhalb der Potsdamer Mitte ergänzend zu erarbeiten.“ aus dieser Debatte herauszulösen und zu den Debatten zum STEK-Verkehr und zum Bürgerhaushalt zu beraten.

Der Vorschlag wird mit 5:0:1 angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die gemäß DS 14/SVV/0999 aufgestellte Strategieplanung zur Entwicklung des Ländlichen Raums von Potsdam bildet – eingebunden in die städtische Gesamtplanung – den Rahmen für das künftige Verwaltungshandeln.

In diesem Zusammenhang stellen die darin enthaltenen Maßnahmen auch die Grundlage für die weitere Mobilitätsentwicklung im Ländlichen Raum der Landeshauptstadt Potsdam entsprechend DS 15/SVV/0672 dar.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.11 Verlängerung der temporären Nutzung des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus - Finanzierung des dafür nötigen Mehraufwands
Vorlage: 17/SVV/0720
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

SBV, FA, KOUL, HA

+ Ea Fraktion CDU/ANW vom 12.09.17

+ Äa Fraktion DIE LINKE vom 12.09.17

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) erklärt sich für nicht zuständig und verweist auf den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft. (sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 3.12 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft

Vorlage: 17/SVV/0708

Fraktion CDU/ANW

SBV, FA, KOUL, HA

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) erklärt sich für nicht zuständig und verweist auf den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft. (sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 3.13 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0716

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV, FA, KOUL, HA

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) erklärt sich für nicht zuständig und verweist auf den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft. (sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 3.14 Abfallgebührensatzung 2018

Vorlage: 17/SVV/0722

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

HA

und alle OBR

Frau Prestin (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger [Abfallentsorgung]) bringt die Vorlage ein und begründet sie. Dem Kostendeckungsprinzip folgend, ergeben sich aus geänderten Kostenansätzen Änderungen in den Gebührensätzen, woraus sich eine Überarbeitung der Abfallgebührensatzung 2017 vom 13.12.2016, hinsichtlich der Gebührensätze sowie einiger kleinerer redaktionelle Änderungen ergab. Daher wird eine neue Abfallgebührensatzung für das Jahr 2018 vorgelegt. Die Ermittlung der Kosten für die Abfallentsorgungsleistungen 2018 erfolgte auf Basis prognostizierter Abfallmengen und geplanten abfallwirtschaftlichen Leistungen unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Jahr 2016 und Vorjahren sowie dem 1. Halbjahr 2017. Ebenfalls zu berücksichtigen sei die weitere Schaffung von

Wohnraum und die steigende Einwohnerzahl.

Herr Jäkel bringt seinen Ergänzungsantrag ein und begründet ihn.

„Die DS möge ergänzt werden um folgenden Auftrag:

Bei der Abrechnung der Leistungsgebühren für Restabfall und Bioabfall sind am Jahresende den Gebührenpflichtigen die real erfolgten Kippungen der Behälter zu Grunde zu legen. Für nicht geleerte Tonnen sind entsprechende Abschläge bei der Jahresleistungsgebühr vorzunehmen.“

Herr Rietz widerspricht dem Argument der wachsenden Stadt. Bei einer Verdichtung der Bevölkerung könnten pro Tour mehr Haushalte aufgenommen werden. Es müsste sich nicht zwangsläufig die Tourenzahl erhöhen. Um der Problematik der Abfallentsorgung gerecht zu werden sollte man sich im kommenden Jahr auch noch einmal mit der Abfallsatzung beschäftigen und beispielsweise der Frage nachgehen, wo man tatsächlich eine wöchentliche Abfuhr benötigt.

Der Ergänzungsantrag geht seiner Meinung nach am Ziel vorbei.

Auf Nachfragen geht Frau Prestin ein.

Der Ausschussvorsitzende lässt den Ergänzungsantrag abstimmen.

Die DS möge ergänzt werden um folgenden Auftrag:

Bei der Abrechnung der Leistungsgebühren für Restabfall und Bioabfall sind am Jahresende den Gebührenpflichtigen die real erfolgten Kippungen der Behälter zu Grunde zu legen. Für nicht geleerte Tonnen sind entsprechende Abschläge bei der Jahresleistungsgebühr vorzunehmen.

Er wird mit 4:2:0 **angenommen**.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung) 2018

Bei der Abrechnung der Leistungsgebühren für Restabfall und Bioabfall sind am Jahresende den Gebührenpflichtigen die real erfolgten Kippungen der Behälter zu Grunde zu legen. Für nicht geleerte Tonnen sind entsprechende Abschläge bei der Jahresleistungsgebühr vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

**zu 3.15 Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt
Potsdam**

Vorlage: 17/SVV/0723

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

HA

alle OBR

Frau Kosel (Bereich Verwaltung / Finanzmanagement) bringt die Vorlage ein und erläutert Neuerungen anhand einer Präsentation (die dem Protokoll beigelegt wird). Mit Ablauf des Kalkulationszeitraumes 2016/2017 ist die Kalkulation und Beschlussfassung der Benutzungsgebühren Straßenreinigung sowie Winterdienst 2018/2019 erforderlich. Erfordert sind eine Anpassung des Reinigungsturnus und die Zuordnung von Straßen in Reinigungsklassen auf Grund eines veränderten Reinigungsbedarfes. Die Reinigungsklasse 1 wird erweitert um die Friedrich-Ebert-Straße (Abschnitt vom Nauener Tor bis Breite Straße), den Alten Markt, die Humboldtstraße, den Otto-Braun-Platz, den Steubenplatz, die Lange Brücke und den Bahnhofsvorplatz (Hauptbahnhof). Ein größeres Augenmerk werde auch auf Pflaster gerichtet, das verstärkt durch Handreinigung oder kleinere Maschinen gereinigt werde. Konkretisiert wurde auch die räumliche Abgrenzung bei Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Hier war es in der Vergangenheit zu Missverständnissen gekommen, bis wohin sich die Reinigungspflicht der Anlieger erstreckt.

Frau Kosel geht auf die Voten der Ortsbeiräte ein. Die Änderung des Ortsbeirates Eiche, „In der Anlage II Straßenverzeichnis wird für den Baumhaselring Hauptzug das Kreuz für den Winterdienst 2018/2019 nachgetragen.“ kann übernommen werden. Auswirkungen auf die Gebühren entstünden hierdurch nicht.

Die Änderungswünsche des Ortsbeirates Fahrland:

1. Streichung des „Friedhofsweg“ aus dem Straßenverzeichnis (Anlage II), da es sich hier um keine nach Brandenburgischem Straßengesetz öffentlich gewidmete Straße handelt.
2. Im Straßenverzeichnis (Anlage II) ist bei den Straßen „Glienicker Weg“ und „Straße nach Sacrow“ in der Spalte „Ortsteil“ die Angabe auf „Fahrland“ zu korrigieren.
3. Die Straße „Am Friedhof“ ist komplett in der Reinigungsklasse 6 (Anliegerreinigung) sowie ohne Radwegreinigung und Winterdienst auszuweisen.

können durch die Verwaltung ebenfalls übernommen werden.

Der Ortsbeirat von Neu Fahrland hat die Vorlage bisher nicht auf seine Tagesordnung gesetzt.

Herr Jäkel bringt seinen Ergänzungsantrag ein, der der Änderung aus dem Ortsbeirat Eiche entspricht und bittet um Unterstützung.

„Die StVV möge beschließen:

In der Anlage II Straßenverzeichnis wird für den Baumhaselring Hauptzug das Kreuz für den Winterdienst 2018/2019 nachgetragen.“

Herr Walter erkundigt sich nach der Zuständigkeit für die Flächen vor S-Bahnhofauf- und Ausgängen. Hier gäbe es regelmäßig Beschwerden von Anwohnern wegen starker Verschmutzung.

Frau Kosel erläutert, dass das Problem der Verwaltung bekannt sei, jedoch sei hier die Deutsche Bahn AG Ansprechpartner. Seitens der Verwaltung sei hier schon mehrfach gemahnt worden, bis hin zu einer Androhung von Ersatzvornahmen.

Auf Nachfragen zur Laubmitnahme geht Frau Kosel ein.

Der Ausschussvorsitzende lässt den Ergänzungsantrag abstimmen.

Die StVV möge beschließen:

In der Anlage II Straßenverzeichnis wird für den Baumhaselring Hauptzug das Kreuz für den Winterdienst 2018/2019 nachgetragen.

Er wird mit einstimmig angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

mit folgender Änderung:

In der Anlage II Straßenverzeichnis wird für den Baumhaselring Hauptzug das Kreuz für den Winterdienst 2018/2019 nachgetragen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.16 Initiative für Fußwege

Vorlage: 17/SVV/0714

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff)

Herr Walter bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) begrüßt den Antrag, bittet jedoch zu beachten, dass die Konzepterstellung durch den Bereich Verkehrsentwicklung

vorzunehmen ist. Eine entsprechende Abstimmung mit dem Bereich ist erfolgt. Mit der Bearbeitung eines Fußwegekonzeptes könne 2018 begonnen werden, sodass eine erste Berichterstattung dazu im 2. Quartal desselben Jahres erfolgen kann.

Sie macht aufmerksam, dass die Umsetzung von Maßnahmen natürlich von der Finanzierbarkeit und Prioritätensetzung abhängig sei.

Herr Jäkel begrüßt den Antrag, allerdings ist ihm der Satz, „Die Sanierung im Bestand soll Priorität vor Neugestaltung und Neubau haben.“ nicht ganz klar. Ohne ihn könne er dem Antrag zustimmen.

Frau Lentz berichtet als Anwohnerin der Brandenburger Vorstadt, wo es vielfach Kleinsteinpflasterung gebe, von dessen katastrophaler Nutzbarkeit. Außerdem thematisiert sie die Rücksichtslosigkeit von Fahrradfahrern dort, die es für Fußgänger zusätzlich schwer machten.

Herr Walter ändert den Antrag für die Antragstellerin wie folgt:

Der Satz, „Die Sanierung im Bestand soll Priorität vor Neugestaltung und Neubau haben.“ wird gestrichen. Der letzte Satz wird geändert in, „Über das Ergebnis zum Fußwegekonzept ist der Stadtverordnetenversammlung im 2. Halbjahr 2018 zu berichten.“

Herr Piest betont, die Prioritätensetzung im Auge zu behalten.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept und einen Prioritätenplan über 7 Jahre zur Sanierung der Fußwege in der Gesamtstadt zu entwickeln. Dabei sollen Zustand und Bedarf (Bevölkerungsdichte) Berücksichtigung finden.

In Straßen, in denen die Fahrbahn nicht für Radverkehr geeignet ist, sollen auf den Fußwegen eine gemeinsame Nutzung ermöglicht werden.

Die Nutzung als Verkehrsweg soll Priorität vor Sondernutzungen von Verkehrsflächen haben.

~~Die Sanierung im Bestand soll Priorität vor Neugestaltung und Neubau haben.~~

Die Straßenbäume sind zu erhalten. Sollten Anforderungen der Verkehrssicherheit dagegen sprechen, ist gleichwertig nachzupflanzen.

Ziele sollen sein:

- Verbesserung der Bedingungen für die Fußgänger, einschließlich der Barrierefreiheit;
- an besonderen Bereichen Einbeziehung der Fahrradnutzung;
- Sicherung von baulichen Qualitäten in Bezug zur Umgebung;
- Klärung der Nutzungsintensität jenseits der Funktion als Verkehrsweg.

Über das Ergebnis zum Fußwegekonzept ist der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2. Halbjahr 2018 zu berichten vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.17 Aufstellung von Abfallbehältern

Vorlage: 17/SVV/0694

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Frau Kosel (Bereich Verwaltung / Finanzmanagement) teilt mit, dass sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Bereich des Grünzuges/Uferbereiches zwischen Eisenbahnbrücke und Speicherstadt nicht im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam befindet, so dass derzeit auch keine öffentlichen Behälter aufgestellt werden können. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des B-Planes 36-1 wird für die zukünftige öffentliche Grünanlage eine Planung erstellt, welche auch die Ausstattung des Bereiches mit Mobiliar (einschließlich Behälter) zum Inhalt haben wird.

Herr Rietz bittet in einem halben Jahr informiert zu werden, ob Behälter aufgestellt werden konnten oder nicht.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0694 zur Kenntnis.

Frau Kosel informiert an dieser Stelle über den Stand des Papierkorbkonzeptes (16/SVV/0036). (die entsprechenden Ausführungen werden dem Protokoll angehängt) Sie berichtet, dass auch die Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (ViP) bei der Modernisierung ihrer Abfallbehälter nachziehe. Außerdem seien für das kommende Jahr verstärkt Schönheitskuren für Abfallbehälter an Spielplätzen vorgesehen.

Außerdem setze die Landeshauptstadt Potsdam auch weiterhin auf den „Presshai“, dessen Aufstellung sich als äußerst effektiv und rentabel erwiesen habe.

Herr Jäkel bittet die Verwaltung, ihre positiven Erfahrungen mit dem „Presshai“ für die Ausschussmitglieder aufzubereiten und ggf. eine Pressemitteilung als Antwort auf die Negativschlagzeilen im Zusammenhang mit dem Bund der Steuerzahler herauszugeben.

Frau Kosel sagt dies zu.

zu 3.18 Baumfällungen in der Paul-Neumann Straße
Vorlage: 17/SVV/0695

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Herr Claes (Bereich Grünflächen) geht anhand von Fotos und Grafiken auf die Mitteilungsvorlage ein und führt aus, dass in dem betroffenen Abschnitt der Paul-Neumann-Straße von derzeit insgesamt 35 Bäumen 15 Bäume gefällt werden sollen. Insgesamt 20 Bäume bleiben aufgrund ihrer Vitalität erhalten. Nach Abschluss der Baumaßnahme werden in der Paul-Neumann-Straße 37 Bäume als Ausgleich gepflanzt und somit zusätzlich bisher verwaiste Baumscheiben wieder besetzt. Die Zustimmung der Naturschutzverbände liegt vor.

Herr Walter bittet die Anwohner der betreffenden Straßen bzgl. der Fällungen über die Wohnungsbaugenossenschaften in Kenntnis setzen zu lassen.

Herr Claes informiert, dass über laminierte Hinweisschilder rechtzeitig informiert werde, da mit diesem System bereits positive Erfahrungen gemacht werden konnten.

Herr Jäkel lobt ausdrücklich die Arbeit der Verwaltung in Bezug auf die Betreuung und Pflege des hiesigen Baumbestandes. Er habe festgestellt, dass durch den Sturm „Xavier“ im Potsdamer Stadtgebiet vergleichsweise wenige Bäume gestürzt seien, ganz im Gegensatz zum Umland.

Herr Claes geht auf Nachfragen ein.

Herr Lack merkt an, dass das System der laminierten Hinweiszettel Standard werden sollte. Außerdem erkundigt er sich, ob durch die erwähnte Einschränkung von Wurzelwerken die Standfestigkeit noch gewährleistet sei.

Herr Claes verweist darauf, dass das Wurzelwerk unterirdisch breiter verlaufe und dadurch sicher verankert sei.

Herr Walter möchte wissen, ob die Straßenbeleuchtung in der Paul-Neumann-Straße durch die Maßnahmen verändert werden muss.

Herr Schenke (Bereich Verwaltung / Finanzmanagement) bejaht dies, weist aber darauf hin, dass diese Maßnahme wie üblich baumfachlich begleitet würde.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0695 zur Kenntnis.

zu 3.19 **Umweltfreundliche öffentliche Beschaffung**

Vorlage: 17/SVV/0729

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen
(Mitteilungsvorlage)
(Herr Rietz übernimmt den Vorsitz von 21:00 – 21:10 Uhr)

Herr Walter spricht nach Sanierungsarbeiten festgestellte Raumlufbelastungen im Stadtschloss an und erkundigt sich, welche Farben hier eingesetzt wurden.

Herr Beck berichtet, dass der Kommunale Immobilien Service (KIS) die Untersuchung der Angelegenheit übernommen habe. Sicher sei derzeit, dass nur vorschriftsmäßige Farben verwendet wurden. Momentan sei noch nicht erklärbar, woher die gemessene Verunreinigung der Raumluf stamme. Üblicherweise stammen Rückstände dieser Art aus Klebern oder Lösungsmitteln. Der KIS wird die Angelegenheit weiter untersuchen.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0729 zur Kenntnis.

zu 3.20 **Schiffsanlegestelle "Am Hinzenberg"**

Vorlage: 17/SVV/0731

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
Herr Walter gibt Bürgerbeschwerden über laufende Schiffsdiesel weiter.

Herr Schenke führt aus, dass noch keine Stromanschlüsse vorhanden seien, so dass hier angelegte (Hotel)Schiffe immer noch über Generatoren liefen. Wenn die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) die Bescheide zeitnah ausstellt, seien die Anschlüsse im kommenden Jahr umsetzbar.

Herr Rietz möchte wissen, ob die Energieversorgung über Strom auch für die Schiffe der Weißen Flotte vorgeschrieben sei. Die Bürgerbeschwerden, die er erhalte, beziehen sich nämlich nicht auf fremde Hotelschiffe, sondern auf Schiffe der Weißen Flotte.

Herr Schenke informiert, dass das auch für die Weiße Flotte gilt. Vermutlich resultiere die Lärmbelästigung hier aber eher aus den Anlegemanövern.

Herr Beck bestätigt Beschwerden über die Schiffe der Weißen Flotte. Hier sei die

Verwaltung dabei entsprechenden Kontakt aufzunehmen.

Die Frage von Herrn Linke, ob es ein Anschlusszwang geben wird, wenn die Stromanschlüsse vorhanden sind, bejaht Herr Schenke.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0731 zur Kenntnis.

zu 3.21 Elektromobilität

Vorlage: 17/SVV/0742

Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement

(Mitteilungsvorlage)

(Herr Lack übernimmt den Vorsitz: 21:10 Uhr)

Herr Jäkel erkundigt sich, wie weit ein Elektroauto der Landeshauptstadt (LHP) mit einer Akkuladung kommt.

Herr Dr. Pokorny (Fachbereich Verwaltungsmanagement) informiert, dass das bei den Fahrzeugen der LHP 130 km sind.

Herr Dr. Zöller spricht das Förderprogramm des Bundes für Ladesäulen an und erkundigt sich, ob sich die Verwaltung hierfür beworben habe.

Herr Dr. Pokorny gibt an, dass die Ladesäulen der LHP hier keine Berücksichtigung finden. Sie sind nicht förderfähig, da es sich hierbei um nicht öffentlich zugängliche Säulen handelt. Eine Fördervoraussetzung sei die öffentliche Nutzbarkeit, die hier nicht gegeben sei. Die Säulen werden ausschließlich von der LHP genutzt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0742 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Vorlage überarbeiteter Flyer "Bürgerschaftliches Engagement - Gestaltung und Pflege von Straßengrün in Potsdam" (gem. Festlegung zum Antrag 17/SVV/0231)

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Claes (Bereich Grünflächen) informiert, dass die Überarbeitung des Flyers „Bürgerschaftliches Engagement - Gestaltung und Pflege von Straßengrün in Potsdam“ noch nicht abgeschlossen sei. In der kommenden Woche findet die abschließende Redaktionssitzung mit dem Bereich Marketing statt. In zwei bis drei Wochen liege der aktualisierte Flyer dann vor, so dass er in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vorgestellt werden kann.

zu 4.2 BE zu Umsetzungsmaßnahmen zur Glascontainergestaltung in Potsdam (DS 17/SVV/0459)

Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Herr Wiedemann (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger) berichtet anhand einer Präsentation zum Umsetzungsstand der Gestaltung von Glascontainern in Potsdam. Bestimmte Gestaltungsarten, wie beispielsweise Überdachungen oder Umrandungen, sind auszuschließen, da sie eine Entleerung der Container unmöglich machen. Eine farbliche Gestaltung ist ebenfalls stark eingeschränkt, da sie den bestehenden Kennzeichnungsvorschriften entgegenstehe. Die für Glascontainer vorgeschriebenen Kennzeichnungen dürfen nicht überdeckt werden, wodurch kaum Fläche für eine weitere Gestaltung übrig bleibe. Zudem befinden sich die in Rede stehenden Container nicht im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) und können daher nicht ohne weiteres umgestaltet werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die Aufstellung turnusmäßig ausgeschrieben werden muss und sich dadurch regelmäßig der Eigentümer der aufgestellten Altglascontainer ändern kann.

Herr Wiedemann regt an, Standorte anderweitig attraktiver zu gestalten, beispielsweise durch das Anlegen von Hecken oder anderweitigen Umpflanzungen.

zu 4.3 Erster Sachstandsbericht "Aufstellung von Biomooswänden in belasteten Straßen"

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Claes (Bereich Grünflächen) informiert, gemeinsam mit dem Landesamt für Umwelt, dem Bereich Verkehrsanlagen, der Unteren Verkehrsbehörde, dem Bereich Verkehrsentwicklung, dem Bereich Umwelt und Natur, der Unteren Denkmalschutzbehörde, dem Bereich Planungsrecht sowie dem Bereich Grünflächen und der Koordinierungsstelle Klimaschutz auf der Basis des Luftreinhalteplans Potsdam Standortvorschläge für die Aufstellung von Biomooswänden diskutiert zu haben. Im Ergebnis haben sich mehrere Abschnitte herauskristallisiert, die potentiell geeignet scheinen. Hierbei handelt es sich um öffentlich gewidmetes Straßenland, das für die Aufstellung von Biomooswänden

genutzt werden könnte. Gegenwärtig werden die Stellungnahmen der beteiligten Dienststellen ausgewertet und zur Ermittlung eines geeigneten Standortes zusammengeführt.

Über das Ergebnis wird voraussichtlich frühestens im Februar 2018 berichtet werden können.

Herr Linke erkundigt sich, wie der Effekt gemessen werden soll.

Herr Claes gibt an, hierzu mit der Koordinierungsstelle Klimaschutz in Abstimmung zu stehen.

Herr Linke erkundigt sich, mit wem beim Landesamt für Umwelt in dieser Angelegenheit gesprochen wurde und weist darauf hin, dass er in dieser Sache Ansprechpartner sei. Er gibt Herrn Beck seine Kontaktdaten.

zu 4.4 Landschaftsplan in der Funktion als Landschaftsrahmenplan

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) informiert und erläutert anhand einer Präsentation, welche dem Protokoll anliegt.

zu 5 Sonstiges

Information zu FFH-Managementpläne (Bereich Umwelt und Natur)

Herr Beck informiert über die Tagung der regionalen Arbeitsgruppe (rAG) für die derzeitige Erarbeitung der FFH-Managementpläne am 09.11.2017 von 16:00 Uhr bis 19:00 Uhr in der Kulturscheune Marquardt (Fahrländer Straße 1 c, 14476 Potsdam, OT Marquardt).

Organisator ist die Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg zur Information über den Stand der Managementplanung für die Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) „Wolfsbruch“ (in Potsdam-Mittelmark), „Obere Wublitz“ und „Mittlere Havel Ergänzung“ (Teilflächen 13 und 14) sowie zum Sammeln von Informationen und Hinweisen zu den FFH-Gebieten von Nutzern, Anrainern, Naturschützern, Betroffenen usw.

Eingeladen sind verschiedene Akteure, wie Landnutzer, Ortsbeiräte, Vereine, Sachkundige, Behörden. Auch sonstige Interessierte oder Betroffene können an dem Termin gern teilnehmen.

Tagesordnung:

1. Kurze Einführung (Naturschutzfonds);
2. Vorstellung der FFH-Gebiete und deren inhaltliche Schwerpunkte (Arge Alnus/Peschel/Szamatolski);
3. Kaffeepause;
4. gebietsbezogene Hinweise und Diskussion.